

nengelernt habe, habe ich Haschisch als die bei weitem harmloseste gefunden.“/52/

Politisch spekulierte diese unverhüllte Rauschgiftpropaganda darauf, die in ihren Anfängen befindliche kritische Jugendbewegung, die sich in Ostermärschen, Protesten gegen den Vietnamkrieg und studentischen Demonstrationen entwickelte, auf einfache Weise entschärfen zu können./53/

Dieses Unterfangen erwies sich nicht nur als unmöglich, es beschwor zugleich eine Reihe neuer sozialer, ökonomischer und gesellschaftspolitischer Erscheinungen herauf, die — statt zur Stabilisierung — zum Anwachsen der Widersprüche in der imperialistischen Gesellschaft beitragen. Auch in diesem Zusammenhang erweist sich, daß die Krise der imperialistischen Ideologie nicht nur geistiges Spiegelbild der allgemeinen Krise des Kapitalismus ist, sondern ihrerseits zur Vertiefung der politischen und sozialen Widersprüche des Imperialismus beiträgt./54/

Angesichts der für die imperialistische Gesellschaft negativen sozialen Auswirkungen des Rauschgiftmißbrauchs haben Massenmedien und Politiker ihre Taktik inzwischen geändert. Das Ziel, auch den antimonopolistischen eingestellten Teil der Jugend in die imperialistische Gesellschaft zu integrieren, soll unter Einschränkung des Drogenkults und des Rauschgiftmißbrauchs angestrebt werden. Daher wird die Öffentlichkeit nunmehr höchst offiziell darüber aufgeklärt, „daß es nirgendwo bislang eine begründete Gesellschaftsreform gegeben hat, bei der die Reformer ihre Einsichten aus Drogen gezogen hätten, ... daß die mit Drogen herbeigesehnte Gegengesellschaft nur eine Verehrung lebloser Dinge, eben ein Fetisch sein kann ..“/55/ Zu solchen „Aufklärungen“ sehen sich die Vertreter der staatsmonopolistischen Herrschaftsschicht wohl um so mehr veranlaßt, als von den bei der Hamburger Repräsentativuntersuchung befragten Rauschgiftkonsumenten 21,8 Prozent die Ansicht äußerten: „Diese Gesellschaft läßt sich nur noch mit einer Revolution ändern.“/56/

Nun, nachdem sich der Versuch, den gesellschaftlichen Fortschritt auch mit Hilfe des Drogenkults zu zersetzen, als nicht Steuer- und kontrollierbar erwiesen hat, beginnt die kapitalistische Propaganda zur Halt-den-Dieb-Methode Zuflucht zu nehmen. Der Antikommunismus wird mehr und mehr zum Hauptinhalt und Grundzug der inzwischen weitgehend modifizierten Rauschgiftideologie und richtet sich auch in diesem Zusammenhang gegen das sozialistische Weltssystem sowie gegen alle demokratischen und antiimperialistischen Kräfte./57/ Immer häufiger kolportieren rechtsextreme Zeitungen der BRD verleumderische, gegen sozialistische Staaten gerichtete Nachrichten. So habe Kanadas Bundespolizei angeblich „Beweismaterial“ vorgelegt, demzufolge Rauschgift mit Hilfe der Sowjetunion nach Kanada und in die USA eingeschleust werde, „um die nordamerikanische junge Generation zu zermürben und für den Linksradikalismus aufnahmefähig zu machen“./58/ Auf der gleichen Ebene plumper Erfindungen liegt auch die Behauptung, daß die „linksradikalen Protestler“, zu denen nach offizieller BRD-Sprachregelung auch die Mitglieder der legalen DKP gehören, die

/52/ Die Zeit (Hamburg) vom 28. November 1969 und vom 23. September 1970.

/53/ UZ — Unsere Zeit — (Essen) vom 6. Februar 1971.

/54/ Der Imperialismus der BRD, hrsg. vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, Berlin 1972, S. 509.

/55/ Frank, a. a. O., S. 22 f.

/56/ Das Parlament (Bonn) vom 25. September 1971, S. 6.

/57/ vgl. „DKP kontra Großkapital. Für Frieden, demokratischen Fortschritt und Sozialismus“ (Thesen des Düsseldorfer Parteitag der DKP), Einheit 1972, Heft 1, S. 121 ff. (152).

/58/ Deutsche Nationalzeitung (München) vom 18. Februar 1972.

„Schrittmacher der Rauschgiftwelle waren“./59/ Auch die Presse der CDU/CSU frönt dieser Art antikommunistischer Rauschgiftpropaganda. Ihr Sprachrohr „Bayern-Kurier“ zeterst vom „Gift der linken Propaganda“ und behauptet schlicht, „daß an Schulen mit besonders ‚fortschrittlichen‘, sprich kryptokommunistischen Lehrkräften der Rauschgiftkonsum überdurchschnittlich hoch ist“./60/

Der Monopolpresse ist keine Lüge erbärmlich genug, wenn sie nur zu versprechen scheint, daß sich aus ihr antikommunistisches Kapital schlagen läßt, mit dem man insbesondere die Mitglieder der DKP diskriminieren und ihrer verfassungsmäßigen Rechte berauben kann, wie das gegenwärtig z. B. mit dem Kesseltreiben gegen Kommunisten im öffentlichen Dienst, insbesondere an den Schulen der BRD, geschieht.

In Wahrheit ist Kommunisten die Flucht vor den Klassenauseinandersetzungen der imperialistischen Gesellschaft wesensfremd. Sie sind dank der dialektisch-materialistischen Gesellschaftstheorie, der einzig wissenschaftlichen Weltanschauung, in der Lage, nicht nur die antagonistischen Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft aufzudecken, sondern auch den Weg zu deren Überwindung zu weisen, der allein über den von der Partei der Arbeiterklasse organisierten Kampf zu einer antimonopolistischen Demokratie führt. Deshalb warnen auch die Kommunisten in der BRD junge Menschen immer wieder davor, die Realität mit der Halluzination zu vertauschen und ihre geistigen und physischen Kräfte zu zerstören, statt sie für den Fortschritt der Menschheit einzusetzen. So beteiligten sich Vertreter der DKP auch an einem von antimonopolistischen Kräften ins Leben gerufenen Anti-Drogen-Kongreß, der kürzlich in Hamburg tagte und auf dem dafür plädiert wurde, daß das Drogenproblem besonders in der Jugend im „Kampf gegen die politischen Unerträglichkeiten dieser Gesellschaft“ überwunden werden müsse./61/

Ziel und Grenzen staatsmonopolistischer Regulierungsmaßnahmen

Die verheerenden sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Rauschgiftmißbrauchs zwingen die imperialistischen Staaten zu differenzierten Regulierungsmaßnahmen, die in zunehmendem Maße auch politisch motiviert sind. Unter den Bedingungen des Kampfes der beiden Weltsysteme sind alle ökonomischen Fragen, insbesondere die Entwicklung der Produktivkräfte, zu erstrandigen Fragen der Politik aufgerückt. Die Monopolbourgeoisie kann die wirtschaftliche Entwicklung nicht mehr nur vom Standpunkt der Rentabilität einzelner Unternehmen oder Wirtschaftszweige, wie beispielsweise des Rauschgifthandels, aus betrachten. Ihre Hauptsorge muß vielmehr der weiteren Existenz des kapitalistischen Profitsystems sowie seiner „Konkurrenzfähigkeit“ als Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gegenüber dem Sozialismus gelten./62/ Aus dieser Konstellation erklären sich auch die meisten jener ökonomischen, sozialpolitischen und strafrechtlichen Maßnahmen, mit denen der imperialistische Staat gewissen Auswüchsen der Rauschgiftproduktion und des -handels, besonders aber der Rauschgiftsucht, entgegenzuwirken sucht.

Schon heute berührt der Ausfall Hunderttausender Arbeitskräfte — in den USA sind allein mehr als 300 000 unheilbar Süchtige registriert — den Funktionsmechanismus der kapitalistischen Profitwirtschaft negativ. So hat der schwedische Wissenschaftler B e j e r o t errech-

/59/ Deutsche Nationalzeitung vom 12. November 1971.

/60/ Bayern-Kurier (München) vom 4. September und 28. August 1971.

/61/ UZ — Unsere Zeit — (Essen) vom 24. März 1972.

/62/ Vgl. Der Imperialismus in der BRD. a. a. O., S. 92.